

BastA!

Basels starke Alternative

KAMPF UM DEN ÖFFENTLICHEN RAUM

WEM GEHÖRT DIE ALLMEND, UND WER DARF SIE NUTZEN?



Bildquelle: pixabay, fsHH <https://pixabay.com/de/photos/hamburg-stadtpark-boule-freizeit-1413425/>

Die Boule-Spieler*innen auf dem Kiesplatz vor der Kaserne gehören schon fast zum Stadtbild. Seit rund 40 Jahren treffen sich hier Menschen zum gemeinsamen Spiel. Auch ich spiele gerne Boule und bin öfters auf dem Kiesplatz anzutreffen. Doch nun droht diesem rege genutzten öffentlichen Raum das Aus.

Im kHaus soll nämlich dort, wo heute das «Stadtfenster» beheimatet ist, eine Gelateria mit Take-away und Aussenbewirtschaftung Einzug halten. Und der Grosse Rat wird dem-

nächst über einen 3,4-Millionen-Kredit für den Vollausbau des Kasernenrestaurants befinden. Im Betriebskonzept für das Restaurant ist ebenfalls eine Aussenbewirtschaftung mit 70 Plätzen vorgesehen. Die verbleibende Allmendfläche schrumpft auf einen schmalen Streifen. Wir Boule-Spieler*innen werden vertrieben. Diese Entwicklung wirft die grundsätzliche Frage auf, welche Bedeutung dem öffentlichen Raum in einer demokratischen Gesellschaft zukommt.

weiter auf Seite 2

AZB
CH-4005 Basel
P.P. / Journal
POST CH AG
Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel



SEITE 3
SUPERREICHE, MACHT UND KLIMAKRISE



SEITE 5
DIE UMWELTVERANTWORTUNGSSINITIATIVE



SEITE 7
PROTEST ALS TREIBENDE KRAFT DER DEMOKRATIE

27. Januar, 19.00 Uhr
Koordination

9. Februar
**Abstimmungssonntag
(Abstimmungsbeitrag S. 5,
Ja zur Umweltverantwortungsinitiative)**

17. Februar, 19.00 Uhr
Koordination

28. Februar, 18.00 Uhr
Jassabend (Infos folgen online)

8. März
Internationaler Frauentag / Internationaler Feministischer Kampftag

27. März, 18.00 Uhr
Jahresversammlung

28. April, 19.00 Uhr
Mitgliederversammlung

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinationssitzungen, die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.– pro Monat respektive Fr. 120.– pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

IMPRESSUM

Nr. 01/2025

Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Andreas Suter, Till Kleisli, Lukas Romer, Kasimir Krneta
Layout und Bildredaktion:

Franziska Stier

Auflage: 1200;

Druck: Rumzeis Basel

Herausgeber: Förderverein BastA!,
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch

Telefon: 061 / 691 16 31

Konto: IBAN CH22 0900 0000 4003 1244 5

VIelfÄLTIG GENUTZTE ALLMEND

Der Kiesplatz vor der Kaserne ist weit mehr als ein Ort, wo Menschen ihrem Hobby frönen. Hier ist über Jahrzehnte hinweg ein soziales Netzwerk entstanden: ein offener Treffpunkt nicht nur für das gemeinsame Spielen, sondern auch ein Ort des Austauschs, der gegenseitigen Anteilnahme, der Toleranz gegenüber Andersdenkenden. Hier begegnen sich Menschen, die sich ohne diesen Ort und das Spiel vermutlich nie kennengelernt hätten. Und die Boule-Spieler*innen sind nicht die Einzigen, die diesen Ort schätzen. Auch rund um den fest installierten Tischtennistisch, der ebenfalls verschwinden soll, hat sich eine lebendige Szene entwickelt. Dazu kommen etliche gelegentliche Nutzer*innen. Vor allem in der warmen Jahreszeit werden an den Tischgarnituren Feste gefeiert oder Picknicks veranstaltet. Und schliesslich sind da noch die Passantinnen und Passanten, die stehen bleiben und dem bunten Treiben eine Weile zuschauen oder sich auf den Bänken im Schatten der Bäume ausruhen. Gerade im dicht besiedelten Kleinbasel sind solche Orte ohne Konsumzwang von unschätzbarem Wert.

DIE GRUNDSATZFRAGE

In den vergangenen Jahrzehnten sind in Basel immer mehr Allmendflächen für kommerzielle Nutzungen zur Verfügung gestellt worden. Ich beurteile diese Entwicklung nicht ausschliesslich negativ. Dass viele Gastrobetriebe heute auch eine Aussenbewirtung anbieten, hat durchaus zur Belebung der Stadt beigetragen. Wenn aber ein derart vielfältig und rege genutzter öffentlicher Raum wie der Kiesplatz vor der Kaserne kommerziell umgenutzt wird, bedeutet dies einen Verlust an städtischer Lebensqualität.

Im Basler «Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raums» steht unter § 8: «Wenn nichts Abweichendes bestimmt ist, darf der öffentliche Raum gemäss dem vorliegenden Gesetz zum schlichten Gemeindegebrauch ohne Bewilligung und unentgeltlich genutzt werden.» Und unter § 9, Absatz 1: «Die Nutzung des öffentlichen Raumes zum schlichten Gemeindegebrauch kann *im öffentlichen Interesse* beschränkt oder

aufgehoben werden.» (Hervorhebung durch Autor) Da stellt sich doch die Frage: Worin liegt das öffentliche Interesse, am Rheinuferweg, wo es an Aussenbewirtungen nur so wimmelt, zwei weiteren Gastrounternehmen Allmend zur kommerziellen Nutzung zur Verfügung zu stellen? Oder andersrum: Ist das öffentliche Interesse am Erhalt eines so vielseitigen und rege genutzten Treffpunkts nicht weit höher zu gewichten als die kommerziellen Interessen zweier privater Gastrounternehmen?

WIDERSTAND HAT SICH FORMIERT

Wir Boule-Spieler*innen wehren uns vehement gegen die kommerzielle Umnutzung unseres Treffpunkts. Gegen das Baugesuch der Gelateria sind etliche Einsprachen eingereicht worden und noch immer hängig. 1117 Personen haben eine Petition für den Erhalt der Allmend vor der Kaserne als öffentlicher Raum ohne Konsumzwang unterschrieben. Mit einem offenen Brief haben wir an die Ratsmitglieder appelliert, den 3,4 Millionen-Kredit für den Vollausbau des Kasernenrestaurants zurückzuweisen mit dem Auftrag, ein neues Betriebskonzept ohne Allmendnutzung auszuarbeiten. Ursprünglich sollte das Geschäft noch in der Dezembersession behandelt werden. Da sich eine Zurückweisung abzeichnete, starteten SP und LDP in letzter Minute einen Rettungsversuch. Der Ratschlag soll nun leicht modifiziert erst im Januar zur Abstimmung gelangen.

Wir Boule-Spieler*innen werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die hier zur Diskussion stehende Allmend ohne Konsumzwang für alle frei zugänglich bleibt. Denn öffentliche Räume wie der Kiesplatz vor der Kaserne sind für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und letztlich auch für das Funktionieren der Demokratie unentbehrlich.



Martin Flückiger, Redakteur Bulletin

SUPERREICHE, MACHT UND KLIMAKRISE

In Deutschland werden jetzt Neuwahlen durchgeführt. Mit einem Stufenplan forcierte die FDP die Auflösung der Regierung. Trump ist neuer US-Präsident – auch dank Unterstützung Superreicher wie Elon Musk. Der Krieg in Palästina erzeugt unendliches Leid und die Besatzungsstrategie Israels wird mit Besiedlungsmassnahmen auf den syrischen Golanhöhen fortgeführt, nachdem der Diktator Assad gestürzt wurde. Auch wenn die Befreiung Syriens von Assad vielerorts Hoffnungen weckt, sind diese Hoffnungen gleichzeitig von grosser Sorge begleitet. Die Agenda der Befreier ist unklar, und der wichtigste Hoffnungsschimmer im Nahen und Mittleren Osten, Rojava, wird von den türkischen Proxy-Söldnern der SNA- und HTS-Milizen existenziell bedroht.

DIE ZEICHEN STEHEN AUF STURM

Wer den US-Wahlkampf mitverfolgt hat, wurde Zeug*in vom Einfluss Superreicher auf den Wahlkampf. Der Tech-Mogul Musk unterstützt weltweit zahlreiche rechte und autokratische Bewegungen. Das Handeln autoritärer Superreicher stellt eine Gefahr für die demokratische Ordnung und die Pressefreiheit dar - auch in Europa. Die Kombination aus schier unbegrenztem Geld, grenzenlosem Ego und der Kontrolle über eine der wichtigsten Social Media Plattformen machen Musk so gefährlich. Heute nutzt er seine Plattform X, um Alice Weidel und die AfD zu bejubeln und autokratische bis rechtsradikale Bewegungen in aller Welt zu unterstützen. Und Musk handelt hier gezielt. Er gehört zu denen, die am meisten zu verlieren haben, wenn die Mehrheit ihre Rechte einfordern sollte. Mit ihrer «Wir scheissen auf alles»-Haltung verteidigen sie ihren Reichtum und ihre Privilegien. Sie wecken damit aber auch Trotz gegenüber dem Moralismus der liberalen Mitte, die stets Wasser predigt und Wein trinkt.

EINSCHRÄNKUNG IM DIGITALEN RAUM

Es gab mit dem Aufkommen sozialer



Bildquelle: <https://pixabay.com/illustrations/ai-generated-elon-musk-billionaire-8084400/> AI generated

Medien eine Zeit, in der Informationen und politische Diskurse zugänglicher wurden. So spielten Facebook und Twitter 2011 eine wichtige Rolle im Arabischen Frühling. Sie wirkten als Katalysatoren und waren die Orte in denen sich Menschen informierten und schliesslich auch Proteste organisierten. Es war eine Sternstunde der sozialen Medien, die jedoch bald abebbte. Schon 2014 zeigte sich im US-Wahlkampfskandal mit der Firma Cambridge Analytica ein gefährliches Potenzial. Durch zielgruppengenaue

Beeinflussung und Fake News wurden Wähler*innengruppen gezielt mobilisiert und demobilisiert. Zwar werden die Plattformen weiterhin zur Verbreitung von Inhalten genutzt, aber ihre Bedeutung hat sich in 15 Jahren verändert. Und spätestens mit der Übernahme von Twitter durch Elon Musk hat sich gezeigt, wie die Steuerung durch Algorithmen und der Einsatz von Trollarmeen genutzt werden, um Menschen zum Schweigen zu bringen. Was einst als scheinbar egalitäre Kommunikationsplattform begann wur-

de zum Propagandaorgan autoritärer Superreicher. Soziale Medien gehören also unter demokratische Kontrolle und dürfen nicht zum Spielzeug autoritärer Superreicher werden.

DISKURSVERSCHIEBUNG: MENSCHENRECHTE UNTER DRUCK

Asyl ist ein Menschenrecht. Als Donald Trump vor rund 10 Jahren über die Errichtung von Mauern an der mexikanischen Grenze sprach, ging ein Aufschrei durch Europa. Mittlerweile bleibt selbst der Aufschrei über illegale Pushbacks durch die europäische Grenzschutzagentur Frontex aus, Autokraten wie Erdogan werden über Asylpakete aus der EU finanziert, um Flüchtende von ihrem Weg nach Europa abzuhalten, und es werden Asylzentren ausserhalb Europas errichtet, um den Weg in ein sicheres Leben komplett zu blockieren. Die Ansage an die Menschen im globalen Süden ist klar: «Die letzten Ressourcen für ein sicheres Leben gehören uns. Wagt es nicht, diese anzutasten!» An dieser Stelle müssen wir klar bleiben: Die Festung Europa einzureissen, kann nur als gemeinsames Projekt gelingen, und das heisst in Solidarität mit denen, die kommen.

Und wir müssen auch darüber sprechen, wie wir die planetaren Grenzen einhalten und zugleich dem globalen Süden die Chance zu ökonomischer Entwicklung ermöglichen. Und das heisst auch, dass wir in aller Widersprüchlichkeit über Konsum und Verbrauch nachdenken müssen. Es braucht gemeinschaftliche und politische Lösungen, bspw. eine Begrenzung der Flüge pro Jahr oder Belohnungssysteme für ein Leben ohne privates Auto. In jedem Fall braucht es verbindliche Vorschläge, aus denen sich Vermögende nicht einfach freikaufen können. Auch darum betreten Superreiche wie Elon Musk mehr und mehr die politische Bühne.

Sie setzen alles daran, ihre «Scheiss auf alles»-Agenda fortführen zu können. Die 50 reichsten Menschen der Welt stossen in 90 Minuten mehr CO₂ aus, als der weltweite Durchschnitt in seinem ganzen Leben. Allein der Privatjet von Musk verursacht laut einer Oxfam-Studie mehr klimaschädliche Emissionen als ein «Durchschnittsmensch» in 834 Jahren.

Die Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen setzt diesem Hyperkonsum demokratische Lösungen entgegen. Die Massnahmen, die sie für die Schweiz fordert, sind wichtig, um die Kippunkte für Klima und Biodiversität zeitlich hinauszuzögern und Vorbildfunktion für andere Länder einzunehmen. Sie führt nicht den Klima-Kommunismus ein, aber sie konfrontiert die Politik mit den planetaren Grenzen und anerkennt, dass wir Lösungen brauchen, die auch das Leben der Menschen im globalen Süden berücksichtigen.

Wir haben die Chance, solche Massnahmen demokratisch umzusetzen. Doch die Dringlichkeit nimmt stetig zu und die Handlungsfenster werden kleiner.

EINSCHRÄNKUNG IM ANALOGEN RAUM

Der öffentliche Raum gerät – getrieben von wirtschaftlichen Nutzungsinteressen bis in den hintersten Winkel – zunehmend unter Druck, wenn es um eine demokratisierte Nutzung geht. Martin Flückiger beschreibt in seinem Artikel über den Boule-Platz an der Kaserne, wie die gemeinschaftliche Nutzung des öffentlichen Raums dem Kommerz weichen soll und was das für die Betroffenen, aber auch für uns alle bedeutet.

Der öffentliche Raum ist ein Ort, an dem sich Menschen als Menschen begegnen und an dem sich auch Protest formieren kann. Demonstrationen und Versammlungen sind Teil der öffentlichen Meinungsbildung, doch in den letzten Jahren wurde die Möglichkeit, zu demonstrieren, zunehmend eingeschränkt. Lukas Romer greift die Debatte über den öffentlichen Raum als Feld demokratischen Handelns in diesem Bulletin auf.

Die Kommerzialisierung des öffentlichen Raums einerseits und die faktischen Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit andererseits zeigen auch eine Krise der Demokratie auf. Man könnte meinen, der Klassenkampf von oben wird auf Verordnungsstufe mitorganisiert. Dabei bleibt die Einschränkung von Protest kein Basler Phänomen. Auch auf Bundes- und internationaler Ebene wurden Geset-

ze verabschiedet, die Polizei- und Geheimdiensten willkürliche Zugriffsrechte auf uns und unsere Daten liefern. So wurde bspw. im deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen ein Polizeigesetz verabschiedet, das vorgibt, vor Terror zu schützen, aber überwiegend gegen Klimaaktivist*innen Anwendung findet.

Wenngleich ich glaube, dass gesellschaftlicher Wandel ausserhalb des Parlaments stattfindet, zeigen die aktuellen Entwicklungen, dass die politische Linke in den Parlamenten wichtige Aufgaben und Kontrollfunktionen hat. Zudem müssen wir Orte des Widerstands erhalten und aufbauen.

Viele unserer Kampffelder für Umverteilung, Frieden, Klimagerechtigkeit oder die Verteidigung demokratischer Grundrechte wurden in den vergangenen Jahren eingeengt. Man kann durchaus sagen, dass die herrschende Klasse auf verschiedenen Ebenen Vorbereitungen gegen die Demokratisierung (verbleibender Ressourcen) getroffen hat. Es wurden Mauern gegen Flüchtende errichtet, Polizeigesetze ausgeweitet, der öffentliche Raum digital und analog zunehmend eingeengt und kommerzialisiert.

Doch nicht nur unsere Lebensverhältnisse werden den «Bedürfnissen der Ökonomie» angepasst, auch Menschen sind anpassungsfähig, und so ist es auch unser Widerstand. Zeitdiagnostisch bleibt es herausfordernd, die Felder zu finden in denen wir politische Kämpfe führen und gewinnen können. Umso wichtiger ist es, dass wir als politische Linke Kämpfe verbinden – im institutionell-politischen Rahmen, im sozialen Miteinander sowie auf der Strasse mit kreativem Ungehorsam und Protesten andere mitreissen und begeistern, denn eine andere Welt ist nötig.



Franziska Stier, Parteisekretärin BastA!

UMWELTVERANTWORTUNGSINITIATIVE: EINE CHANCE FÜR EINE NACHHALTIGE SCHWEIZ



Bildquelle: umweltverantwortung.ch

Unsere Umwelt ist an einem kritischen Punkt angekommen. Die Schweiz, eines der wohlhabendsten Länder der Welt, trägt eine besondere Verantwortung, ihren Beitrag zur Lösung dieser globalen Krise zu leisten.

Die Umweltverantwortungsinitiative bietet einen klaren Weg: Sie fordert, dass die Schweiz ihre Produktion und ihren Import so gestaltet, dass nur so viele Ressourcen verbraucht und Schadstoffe freigesetzt werden, wie die Natur verkraften kann. Grundlage dafür ist das Konzept der planetaren Grenzen, das die ökologischen Belastungsgrenzen unseres Planeten definiert.

EIN AMBITIONIERTES ZIEL MIT KLARER FRIST

Innerhalb von zehn Jahren soll die Schweiz ihre Umweltbelastung so weit reduzieren, dass sie innerhalb dieser planetaren Grenzen bleibt. Diese Frist ist nicht willkürlich: Wissenschaftler*innen betonen, dass die nächsten Jahre entscheidend sind, um irreversible Schäden und das Überschreiten von Kippunkten zu verhindern. Technologien und finanzielle Mittel für einen ökologischen Wandel sind bereits vorhanden – es fehlt lediglich

der politische Wille. Jetzt zu handeln, ist nicht nur notwendig, sondern auch eine Chance, unsere Zukunft aktiv zu gestalten.

SOZIALVERTRÄGLICHKEIT IM MITTELPUNKT!

Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit gehen Hand in Hand. Umweltzerstörung führt zu Leid, Flucht und Kosten, die oft die Schwächsten der Gesellschaft am härtesten treffen. Unsere Initiative berücksichtigt diesen Zusammenhang und setzt auf solidarisches Handeln. Wenn die Schweiz ihre Umweltbelastung senkt, verschafft sie ärmeren Ländern mehr Zeit, um ihren ökologischen Umbau voranzutreiben. Darüber hinaus fordern wir, dass Massnahmen im In- und Ausland sozialverträglich umgesetzt werden. Nachhaltigkeit darf nicht auf Kosten der Schwächsten gehen – weder national noch international.

WIE DIE UMSETZUNG GELINGEN KANN

Der Initiativtext selbst lässt bewusst offen, wie genau die Ziele erreicht werden sollen – das ist Aufgabe des Parlaments. Entscheidend ist jedoch, dass ein «Weiter so» keine Option mehr ist. Wir brauchen klare Regeln für den Umweltschutz, faire Handels-

praktiken und Investitionen in den ökologischen Wandel. Die Finanzierung kann unter anderem durch Lenkungsabgaben, Lockerung der Schuldenbremse oder eine solidarische Umweltabgabe der Vermögendsten erfolgen.

Ein weiterer wichtiger Hebel ist die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen. Laut einer Studie der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) gibt der Bund jährlich 40 Milliarden Franken für Subventionen aus, die der Biodiversität schaden. Diese Mittel könnten stattdessen in die Förderung nachhaltiger Projekte fließen. Die Umsetzung der Initiative ist machbar und keineswegs übermässig bürokratisch. Die EU verlangt bereits Ökobilanzen für zahlreiche Produkte, und viele Unternehmen haben dafür spezialisierte Abteilungen eingerichtet. Auch in der Schweiz gibt es zahlreiche Dienstleister, die auf die Erstellung solcher Bilanzen spezialisiert sind. Die Initiative fordert, dass wir genauer hinschauen und die Umweltbelastungen transparent machen. Dies ist kein überflüssiger Aufwand, sondern eine notwendige Grundlage für nachhaltige Entscheidungen.



Bildquelle: zVg v. Clara Bürge, junges grünes bündnis nordwest

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT IM WANDEL

Eine intakte Umwelt ist die Grundlage jeder funktionierenden Wirtschaft. Ohne nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung drohen der Verlust von Flächen und Ressourcen sowie ständige Krisen, die unsere Lebensgrundlagen gefährden. Die Initiative gibt der Wirtschaft einen klaren Rahmen: Wachstum darf nicht auf Kosten von Mensch und Natur geschehen. Der Wandel ist unvermeidlich – ob kontrolliert durch vorausschauendes Handeln oder unkontrolliert durch die Krisen selbst, liegt an uns.

Jetzt zu handeln, bietet nicht nur Schutz, sondern auch eine Vielzahl von Chancen: mehr Lebensqualität, bessere Naherholungsräume, gesunde Lebensmittel und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

DIE VERANTWORTUNG DER SCHWEIZ

Die Schweiz hat aufgrund ihres überproportionalen Konsums eine besondere Verantwortung. Pro Kopf verbrauchen wir dreimal so viele Ressourcen, wie global nachhaltig verfügbar wären – damit gehören wir zu den grössten Umweltsündern Europas. Doch gerade unser Wohlstand, unsere Technologien und unsere demokratischen Strukturen bieten die besten Voraussetzungen, um eine Vorreiterrolle einzunehmen. Indem wir handeln, können wir nicht nur unserer

Verantwortung gerecht werden, sondern auch anderen Ländern ein Beispiel geben.

EINE LEBENSWERTE ZUKUNFT GESTALTEN

Die planetaren Grenzen bieten uns einen klaren Rahmen, um das Überleben auf der Erde langfristig zu sichern. Wir stehen an einem Scheideweg: Entweder gelingt es uns, die planetaren Grenzen zu respektieren und die nötigen Massnahmen für einen nachhaltigen Umgang mit unseren Ressourcen zu ergreifen, oder wir riskieren unumkehrbare Schäden. Die Zeit, zu handeln, ist jetzt.

DIE PLANETAREN GRENZEN: EIN KONZEPT FÜR DIE ZUKUNFT UNSERER ERDE

Die planetaren Grenzen sind ein wissenschaftlich fundiertes Konzept, das die Belastbarkeit unseres Planeten beschreibt und den sicheren Handlungsspielraum für die Menschheit definiert. Entwickelt wurde es von einem internationalen Forscherteam am Stockholm Resilience Centre. Ziel ist es, die stabilen Bedingungen, die das Leben auf der Erde seit Jahrtausenden ermöglichen, zu bewahren. Das Konzept umfasst neun zentrale Bereiche, von denen wir uns in einigen bereits in einem gefährlichen Überschreibungsbereich befinden.

Unsere Initiative konzentriert sich auf sechs dieser Bereiche: Klima- veränderung, Biodiversitätsverlust,

Wasserverbrauch, Bodennutzung sowie Stickstoff- und Phosphoreintrag. Diese Grenzen markieren Schwellenwerte, bei deren Überschreitung das Risiko für eine Destabilisierung des Erdsystems erheblich steigt. Besonders bedrohlich sind potenzielle Kippunkte, etwa in der Klimadynamik oder der biologischen Vielfalt, bei denen Veränderungen unumkehrbar werden könnten.

FOLGEN DER ÜBERSCHREITUNG PLANETARER GRENZEN

Die Überschreitung der planetaren Grenzen hat gravierende Konsequenzen für das Erdsystem und damit für unsere Lebensgrundlagen. Je stärker diese Grenzen überschritten werden, desto höher ist das Risiko für weitreichende Störungen der ökologischen Rahmenbedingungen. Bereits heute sind die Auswirkungen sichtbar: Hitzewellen, extreme Wetterereignisse, Waldbrände, verschmutzte Gewässer, überdüngte Böden und das Insektensterben sind direkte Folgen der Übernutzung natürlicher Ressourcen. Diese Phänomene verstärken sich gegenseitig, was die Gefahr für die Menschheit weiter erhöht.

Das Erdsystem ist ein komplexes Netzwerk, in dem einzelne Komponenten eng miteinander verbunden sind. Wird eine Grenze verletzt, wirkt sich dies oft negativ auf andere Bereiche aus. Ein Beispiel ist der Biodiversitätsverlust, der die Resilienz von

Ökosystemen gegen den Klimawandel mindert. Solche Wechselwirkungen verdeutlichen, wie dringlich es ist, die planetaren Grenzen zu respektieren.

Rebecca Laager,
junges grünes bündnis nordwest

DIE WICHTIGSTEN ARGUMENTE IN KÜRZE

PLANETARE GRENZEN EINHALTEN:

- Die Initiative schützt die Lebensgrundlagen, indem sie die Nutzung von Ressourcen und Schadstoffemissionen auf ein nachhaltiges Niveau begrenzt.

VERANTWORTUNG DER SCHWEIZ:

- Mit einem überproportional hohen Ressourcenverbrauch trägt die Schweiz eine besondere Verantwortung und hat die Mittel, eine Vorbildrolle einzunehmen.

NOTWENDIGKEIT VON SCHNELLEM HANDELN:

- Die nächsten zehn Jahre sind entscheidend, um irreversible Schäden wie Klimawandel und Artensterben abzuwenden.

SOZIALVERTRÄGLICHKEIT:

- Die Initiative stellt sicher, dass nachhaltige Lösungen gerecht umgesetzt werden und auch finanziell Schwächere entlastet werden.

WIRTSCHAFTLICHE CHANCEN:

- Ein ökologischer Wandel schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze, gesunde Lebensgrundlagen und mehr Lebensqualität.

KLARER RAHMEN:

- Die Initiative gibt den politischen und wirtschaftlichen Akteuren eine Richtung vor, um Krisen aktiv und gerecht zu bewältigen.

PROTEST ALS TREIBENDE KRAFT DER DEMOKRATIE



Bildquelle: Franziska Stier, 25.11.2022 Basel

Demonstrationen kommen in Basel immer stärker unter Druck von verschiedenen Seiten: Bewilligungen werden an hohe Bedingungen geknüpft, politische Vorstösse fordern Einschränkungen für Demonstrationen und die Repression vonseiten Polizei steigt. Solche Bestrebungen sind unverhältnismässig, antidemokratisch und untergraben den Rechtsstaat.

Demokratie ist eine sich ständig wandelnde und entwickelnde Form der «Regierung»: Es beteiligen sich immer wieder neue Personen an Entscheidungsprozessen, die beteiligten Personen ändern ihre Meinung oder enthalten sich dem Prozess. Demokratie bedeutet also einen ständigen Wandel, ein ständiges neues Aushandeln der Bedingungen des Zusammenlebens der Beteiligten. Dieser ständige Wandel kann so auch nie an ein Ziel kommen, es kann nie genug Demokratie geben.

DER ÖFFENTLICHE RAUM ALS POLITISCHES EXPERIMENTIERFELD

Für die Demokratie zeigt sich gerade der öffentliche Raum als politisches Labor im Kleinen: Im öffentlichen Raum interagieren Bewohner*innen,

aber auch Besucher*innen eines Gemeinwesens – unabhängig ihres rechtlichen Status – miteinander. Es ist der Raum, den alle miteinander teilen, in dem die eigenen Bedürfnisse geltend gemacht werden, aber gleichzeitig Rücksicht auf die anderen Menschen im geteilten Raum genommen wird. Damit die aufeinandertreffenden Ansprüche, der Menschen, die den öffentlichen Raum beleben, in Einklang gebracht werden können, werden diese gegenseitig ausgehandelt. Der öffentliche Raum ist somit ein politischer Ort des gegenseitigen Austauschs und so auch eine Keimzelle der Demokratie.

Damit entspricht das Austragen von politischen Kundgebungen einem Zweck, dem der öffentliche Raum gewidmet ist. Demonstrationen erweisen sich dabei auch als Ausdruck einer lebendigen Demokratie. Einerseits sind Demonstrationen offen: Es können alle Personen teilnehmen, unter anderem auch solche, die im institutionalisierten demokratischen Prozess keine Mitsprache wahrnehmen können. Es können Themen auf das Tapet gebracht werden, die in der institutionellen Politik nicht auf der Tagesordnung stehen und nicht mit vorhandenen politischen Instrumenten



Bildquelle: Franziska Stier, 07.12.2024 Basel

thematisiert werden können. Demonstrationen sind je nach Thema divers und aus verschiedenen politischen Spektren zusammengesetzt. Andererseits stossen Demonstrationen im öffentlichen Raum auch auf Resonanz: Es können Personen angesprochen werden, die sich (noch) nicht mit diesen Themen auseinandergesetzt haben. Dadurch können Menschen zu politischem Denken angeregt werden. Protest wird zum Motor für die Demokratie. Verschiedene Errungenschaften unserer Gesellschaft sind so auch dem Protest auf der Strasse zu verdanken, z. B. Arbeitsrechte, AHV, Frauenstimmrecht; oder regional alternative Jugendräume, die Verhinderung des Atomkraftwerks in Leibstadt u. ä.

VERSAMMLUNGSFREIHEIT ZUM SCHUTZ DER DEMOKRATIE

Mit der Versammlungsfreiheit als verfassungsrechtlichem Grundrecht werden gerade diese Qualitäten einer demokratischen Gesellschaft geschützt. So bezeichnete bereits Alexis de Tocqueville in seiner Untersuchung über die amerikanische Demokratie Mitte des 19. Jahrhunderts die Versammlungsfreiheit als existenzielles Bedürfnis des Menschen, indem sie unverzichtbare Voraussetzung zum einen für die soziale Kommunikation, zum anderen für die politische Meinungs- und Willensbildung ist.

Mit einem rigiden Bewilligungssystem ist diese Versammlungsfreiheit nicht mehr gewährleistet. Es ist ja genau die staatliche Macht, vor deren Ausüfern Grundrechte eigentlich schützen, die über die Ausübung des eigentlich geschützten Rechts entscheidet. Aber schon das Ersuchen um eine Bewilligung an sich widerspricht der freien Wahrnehmung des entsprechenden Rechts.

EINSCHRÄNKUNGEN FÜR DEMOKRATIE

Beschränkungen des Demonstrationsrechts – seien diese zeitlich oder örtlich – sind immer antidemokratisch. Politische Teilhabe einzuschränken, kann nie im Sinne einer demokratischen Gesellschaft sein. Gleiches gilt für das Aufwiegen von wirtschaftlichen Gründen gegen die politischen Interessen, die durch Demonstrationen verfolgt werden. Gleichwohl hat Basel ein sehr rigides Bewilligungsregime, das im Sinne gewisser politischer Kreise noch verstärkt werden dürfte.

Die polizeiliche Repression, mit der immer wieder auch auf friedliche Demonstrationen reagiert wird, ist nur ein weiterer Faktor, mit dem das Grundrecht auf Demonstrieren beschränkt wird. Dieses Eingreifen hat nicht nur Folgen für die unmittelbar Betroffenen, die sich dagegen wiederum mit grossem Aufwand wehren müssen, sondern insbesondere auch

einen abschreckenden Effekt auf die Durchführung weiterer Demonstrationen, was wiederum eine Einschränkung für die Demokratie bedeutet. Dass dabei die Verantwortlichen für polizeiliches Handeln im Graubereich der Legalität selten zur Verantwortung gezogen werden, lässt insbesondere unter dem eigentlichen Schutzgehalt der Versammlungsfreiheit an der Rechtsstaatlichkeit zweifeln.



Lukas Romer, Redakteur Bulletin